

## Zulauf für die Taliban

15 Jahre Invasion in Afghanistan und viele ungelöste Probleme. Seite 2



## Diplomaten am Ball

Erster Freundschaftskick der USA in Kuba nach 69 Jahren. Seite 19

Foto: dpa/Alejandro Ernesto

## Die Entfremdung

Ein Film zeigt den Bruch zwischen Zola und Cézanne. Seite 13

Foto: PROKINO Filmverleih GmbH

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 7. Oktober 2016

71. Jahrgang/Nr. 235

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)



## STANDPUNKT Noch kein Sieg

Stephan Fischer über das Gesetz zu Abtreibungen im polnischen Sejm

Schwarz waren am Montag die Straßen von Gdańsk bis Katowice, von Poznań bis Białystok. Hunderttausende Frauen und Männer demonstrierten gegen eine Gesetzesinitiative, die das ohnehin restriktive Abtreibungsrecht noch einmal zu verschärfen suchte.

Nun lehnte der Sejm diese ab – ein Sieg für die Frauen und ihr Recht am eigenen Körper? Höchstens eine Atempause. Und: Das schnelle Einknicken der PiS unter Jarosław Kaczyński ist kein »Wir haben verstanden!« gegenüber dem Souverän auf der Straße – es ist ein taktischer Rückzug vor, aus PiS-Sicht, Feinden. Kaczyński und Premierministerin Szydło mögen von der Heftigkeit der Proteste überrascht worden sein, die schnelle Reaktion darauf zeigt politisches Geschick – und auf, worum es der Regierung wirklich geht.

Die radikalen Abtreibungsgegner waren als Wähler wichtig, um die Macht zu erringen. Deren Anliegen ist für die PiS weniger prioritär und wird flugs zumindest kurzfristig geopfert, wenn es das wichtigste Ziel der Nationalkonservativen gefährdet: den Umbau des Staates, namentlich des Verfassungsgerichts und der staatlichen Medien.

Die EU fürchtet die PiS dabei nicht – Hunderttausende Frauen und Männer auf der Straße, denen es nicht nur um Abtreibung geht, dagegen schon. Die PiS will sie schnell demobilisieren, indem sie deren ursprüngliches Thema von der Agenda nimmt. Der polnische Souverän hat Stärke gezeigt – aber um der PiS-Regierung wirklich weh zu tun, müssen die Straßen schwarz bleiben.

## UNTEN LINKS

Das **Schnackseln** sei eine prima Sache, solange der Intimverkehr sachgerecht, korrekt und in der vom lieben Gott vorgeschriebenen Weise verrichtet werde: Der Pipimann müsse pfeilgrad in die Mumu hinein und im Ergebnis eine funktionstüchtige Leibefrucht hervorbringen. Nur und nur dann habe das fragwürdige Treiben den Segen des Herrn, betonte Winfried Kretschmann, der beliebteste sprechende Aktenordner Baden-Württembergs, in einem Aufsatz für die »Zeit«. Wer sich hingegen in unerlaubter Weise untenrum an sich zu schaffen mache, sich gar in unverheiratetem Zustand in unzureichend ausgeleuchteten Räumlichkeiten in teuflischer Selbstbefleckung ergehe oder mit Personen, die erkennbar nicht die eigene Ehefrau sind, im Bereich des Unterleibs ungestümes Herumgefuhrwerke betriebe, den treffe der Zorn Gottes. Kretschmanns Partei, die AfD, bestä ..., äh, die Grünen, bestätigten auf Nachfrage, dass Kretschmann ansonsten obenrum noch funktioniere. *tbl*

## Zurückgepfeiffen

Zornige Polinnen stoppen striktes Abtreibungsverbot der Rechtskonservativen



Schwarzer Montag in Krakow – und schwarzer Donnerstag in Warschau für die Rechtskonservativen

Foto: dpa/Jacek Bednarczyk

Warschau. Hunderttausend zornige polnische Frauen haben mit ihren landesweiten Protesten auf Märschen und Kundgebungen die radikalen Abtreibungsgegner zurückgepfeiffen. Deutlicher noch als die Zustimmung durch eine Mehrheit in der ersten war die Ablehnung des Gesetzes zur weiteren Verschärfung des Abtreibungsrechtes in der zweiten Lesung im polnischen Sejm am Donnerstag. Die mit absoluter Mehrheit regierende nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński musste das Gesetz durchfallen lassen. Es dürfte in dieser Form nicht wieder auftauchen.

Nachdem es in den vergangenen Tagen massive Proteste auch in den europäischen Städten Berlin, Brüssel, London, Paris und Bukarest gegeben hatte, deutete sich bereits am Mittwoch ein Kurswechsel in der polnischen Regierung an. So empfahl der parlamentarische Justizausschuss die Ablehnung der Gesetzesinitiative durch das Parlament. Die konservative Regierungspartei habe »Angst vor den Frauen bekommen, die auf die Straße gegangen sind«, sagte die ehemalige liberale Ministerpräsidentin Ewa Kopacz von der Bürgerplattform (PO), die in dem Justizausschuss sitzt und selbst Ärztin ist.

In dem 38 Millionen Einwohner zählenden Land werden jährlich weniger als 2000 legale Abtreibungen vorgenommen. Frauenrechtsgruppen gehen aber davon aus, dass zusätzlich 100 000 bis 150 000 Frauen illegal oder im Ausland einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Die einflussreiche katholische Kirche des Landes unterstützte das umfassende Abtreibungsverbot, allerdings erklärten die polnischen Bischöfe am Mittwoch, sie lehnten die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Gefängnisstrafe für Frauen ab. Ärzten und Patientinnen sollten bis zu fünf Jahre Haft angedroht werden. *AFP/nd* Seite 7

## IWF will Wirtschaft wachsen sehen

Auf der Herbsttagung des Währungsfonds wird sich die Bundesregierung zu rechtfertigen haben

**Bankenprobleme, steigende Privatschulden und schwaches Wachstum – auf der Herbsttagung von IWF und Weltbank gibt es einiges zu bereden.**

Von Kurt Stenger

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Staaten aufgefordert, mehr für das Wirtschaftswachstum zu tun, bevor der hohe Schuldenberg eine neue Finanz- und Wirtschaftskrise auslöst. Das Schuldenniveau sei auf ein Rekordhoch gestiegen, heißt es im »Global Financial Stability Report«, den der IWF anlässlich seiner Herbsttagung vorstellte, die am Donnerstag eröffnet wurde.

Laut dem Bericht beträgt die Verschuldung insgesamt 152 Billionen US-Dollar, was 225 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes entspreche. Laut IWF entfallen zwei Drittel der Schulden auf Unternehmen und Privatpersonen. Der allergrößte Teil

ist in den Industrie- und den großen Schwellenländern gebündelt. Speziell der rasche Anstieg der Schulden von Unternehmen in China bereitet dem IWF Sorgen.

Die höheren Privatschulden haben laut IWF »das Risiko finanzieller Instabilität erhöht«. Immerhin ging die Finanzkrise 2007/2008 von überschuldeten Hausbesitzern in den USA aus, die ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. Über Banken, die mit faulen Hypothekenspapieren zu kämpfen hatten, griffen die Probleme auf das Finanzsystem über. Zwar haben die Banken dank der nach 2008 international verschärften Eigenkapitalregeln größere Finanzpuffer für schlechte Zeiten. Aber speziell in Europa sei ein Drittel der Institute zu schwach, um nachhaltig Gewinne erwirtschaften zu können, wie IWF-Bankenexperte Peter Dattels erklärte. Auch in Washington blickt man besorgt auf die angeschlagene Deutsche Bank – diese steht laut

Dattels vor der Herausforderung, Investoren zu überzeugen, dass ihr Geschäftsmodell existenzfähig ist.

Die Niedrigzinspolitik der Notenbanken sorgt dafür, dass die Schuldenlage verkraftbar ist. Doch rät der IWF auch der Fiskalpolitik, mehr für das weltweit schwache Wachstum zu tun. Gerade die deutsche Regierung steht seit Langem am Pranger, hohe Exportüberschüsse zu erwirtschaften und die Binnenkonjunktur zu vernachlässigen. Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht sich diesmal gewappnet: Geplante Steuer-senkungen, höherer Kinderfreibetrag und die gestiegene Investitionsquote würden in Washington sicherlich wahrgenommen als das, was unter einer Stärkung der Binnenkonjunktur zu verstanden wird, sagte er Anfang der Woche. Doch da hat er sich verrechnet: Deutschland, Kanada und Südkorea hätten Spielraum und sollten diesen nutzen, um Konjunktur und Produktivität anzukurbeln, sagte IWF-

Präsidentin Christine Lagarde am Donnerstag in Washington. Diese drei Länder sollten vorangehen.

Der Weltwirtschaftsexperte Rainer Falk begrüßte im »nd«-Interview, dass beim IWF immer mehr kritische Stimmen die Austeritätspolitik infrage stellen und eine aktive Fiskalpolitik fordern. »Das läuft völlig dem Dogma der Schwarzen Null zuwider, wie es allen voran von Deutschland gepredigt wird.« *Seiten 3 und 4*

### Lesen Sie morgen im wochen-nd

Balkanfluchtroute: Vor 72 Jahren andersrum  
Männerzerrbilder:  
Softie oder Kämpfer  
Kinderhospizhelferin:  
Nach dem Abi in Minsk

## Rot-Rot-Grün in Berlin kommt voran

Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und LINKE gestartet

Berlin. »Alle drei Partner haben ein sehr ernsthaftes Interesse an einer vertrauensvollen Atmosphäre«, sagte der Berliner Regierende Bürgermeister und SPD-Landeschef Michael Müller am Donnerstagmittag nach der ersten Runde der Koalitionsverhandlungen im Roten Rathaus. Wie in den Sondierungsgesprächen herrschte eine »gute, offene und klare Atmosphäre«. Man nahm also kein Blatt vor den Mund, schloss Missverständnisse aus. Es ging um das ganz Grundsätzliche. Den Fahrplan und die Struktur für die Gespräche sowie ums Geld. Darum erschien auch der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD), um darzulegen, wie sich aus seiner Sicht die Situation in der Stadt darstellt. Gute Rahmenbedingungen für nötige Investitionen in Schulen oder Sozialwohnungen möchte LINKEN-Landeschef Klaus Lederer schaffen, »ohne, dass die Haushaltsdisziplin nicht mehr gilt«. Da haben Linkspartei und SPD andere Maßstäbe, die Grünen liegen irgendwo dazwischen. Acht Wochen sind für die Verhandlungen angesetzt. *nic* Seite 9

## Guterres soll die UNO führen

Portugiesischer Politiker wurde im Sicherheitsrat für Vorsitz nominiert

New York. Der UNO-Sicherheitsrat hat António Guterres offiziell für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nominiert. Die 15 Mitgliedsländer des Rates beschlossen die Berufung am Donnerstag in New York ohne Abstimmung.

Die Empfehlung wird nun an die Vollversammlung geleitet, die Guterres formell als Generalsekretär wählen muss. Der 67 Jahre alte frühere portugiesische Ministerpräsident und UN-Hochkommissar für Flüchtlinge soll das Amt im Januar von dem Südkoreaner Ban Ki Moon (72) übernehmen.

Guterres hatte alle sechs Probeabstimmungen im Sicherheitsrat gewonnen, zuletzt waren zehn Kandidaten für den Spitzenposten angetreten. Viele Staaten hatten eine Frau an der Spitze der Weltorganisation gefordert, Russland setzte sich lange für die Wahl eines Osteuropäers ein. Der Sozialdemokrat Guterres war von 1995 bis 2002 Regierungschef in Portugal. Von 2005 bis 2015 bekleidete er das Amt des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge. *Agenturen/nd*

## Regierung plant Gesetz zur Lohnungleichheit

Union und Sozialdemokraten einigen sich bei strittigen Themen

Berlin. Die Große Koalition hat sich auf ein Gesetz zur Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern geeinigt. Demnach sollen Firmen ab 200 Mitarbeitern künftig gleiche Bezahlung nachweisen und dokumentieren müssen, wie SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann nach den Beratungen des Koalitionsausschusses am Donnerstag in Berlin sagte. Ausgenommen würden Betriebe, die gültige Tarifverträge abgeschlossen haben. Zudem haben sich die Koalitionspartner auf eine Abschaffung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen verständigt. Paragraph 103 im Strafgesetzbuch soll ausländische Staatsoberhäupter vor Beleidigung schützen.

In der Rentenpolitik konnte die Bundesregierung keine Einigung erzielen. Dies solle nach den Worten von Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) bis Ende des Monats erfolgen. Strittig sind die Angleichung der Ostrenten ans Westniveau sowie die geplante Lebensleistungsrente. *AFP/nd* Seite 6

ISSN 0323-3375

